

Sozialdemokratischer SPD Pressedienst

P/XXVIII/225

23. November 1973

Freunde sind in Not!

Appell zur humanitären Hilfe in Griechenland

Von Alfred Nau
Schatzmeister und Mitglied des Präsidiums
der SPD

Seite 1 / 33 Zeilen

Demokratischer Sozialismus und Freiheit

Eine Auseinandersetzung mit Schelskys Spaltungs-
Strategie

Von Albert Osswald
Mitglied des SPD-Vorstandes und Ministerpräsi-
dent von Hessen

Seite 2 bis 6 / 220 Zeilen

Sonderbeilage: "Frau und Gesellschaft"

Freunde sind in Not!

Appell zur humanitären Hilfe in Griechenland

Von Alfred Nau

Schatzmeister und Mitglied des Präsidiums der SPD

Die Vorgänge in Griechenland haben uns alle mit Trauer und Empörung erfüllt. In diesen Stunden und Tagen gehört unsere solidarische Verbundenheit den Opfern und bedrohten Freunden, die in Athen und anderswo ihr Leben und ihre Existenz für die Wiederherstellung demokratischer Rechte eingesetzt haben und noch einsetzen.

Viele von uns haben seit 1967 in vielfältiger Weise versucht, unseren Freunden in Griechenland zu helfen, damit die Substanz zukünftiger demokratischer Formen, soweit wir als Freunde dazu beitragen können, erhalten bleibt.

Wir glauben, daß es gerade jetzt notwendig ist, erneut humanitär unsere Solidarität zu beweisen, damit den Bedrängten und ihren Familien, die in Not geraten sind, geholfen werden kann. Meine Bitte geht in erster Linie an die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und die Kolleginnen und Kollegen in den Gewerkschaften, schließt aber auch alle Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik Deutschland ein, uns durch eine Spende auf das

Konto Nr. 10.000 bei der Bank für Gemeinwirtschaft, Bonn,
Sonderkonto Alfred Nau / Kennwort: Griechenland,

die Möglichkeit zu geben, tatkräftig helfen zu können. Wir sind der Auffassung, daß Freunden, die in Not sind, schnell und wirksam geholfen werden muß. Demokratisches Verhalten und das Einstehen für Überzeugungen, die unserem Selbstverständnis entsprechen, kennen keine Grenzen.

Zwischen dem griechischen und deutschen Volk gibt es über Jahrhunderte hinweg enge Bande der Freundschaft und vielfältige Wechselbeziehungen. Das Mutterland der europäischen Demokratie, dessen berühmte Philosophen und Denker Vorbild für uns alle geworden sind und dessen Söhne und Töchter heute unserer Unterstützung bedürfen, sollte auf ein Zeichen der Verbundenheit hoffen dürfen. Die Not lindern zu können, ist oft der erste Schritt, auch die politische Umwelt eines Landes auf friedliche Weise mitverändern zu helfen. Aus diesem Grunde ist jede Spende auch ein Baustein für die Demokratie. (-/23.11.1973/ bgy)

+ + +

Demokratischer Sozialismus und Freiheit

Eine Auseinandersetzung mit Schelskys Spaltungs-Strategie

Von Albert Osswald

Mitglied des SPD-Vorstandes und Ministerpräsident von Hessen

Die Durchsetzung von mehr Freiheit und Gleichheit ist mit der sozialen Bewegung aufs engste verbunden. Die Sozialdemokratie hat in diesem Ringen frühzeitig Position bezogen. Gleichheit ohne Freiheit ist für sie ebensowenig möglich wie die Ausweitung der Gleichheit zu Lasten von Freiheit und Demokratie.

Entsprechend ihrem selbstgewählten Auftrag vertrat die SPD von Anfang an die Interessen der Abhängigen und Unterprivilegierten. Gegen den Widerstand der herrschenden Schicht erkämpfte sie mit dem allgemeinen Wahlrecht die Demokratisierung im politischen Raum und schuf die Grundlagen des sozialen Rechtsstaats.

Damals wie heute führte die konservative Seite bei diesen Auseinandersetzungen im Prinzip dieselben Argumente ins Feld: Demokratisierung bedeute mehr Konflikt, weniger Rationalität und die Auflösung der bestehenden Ordnung. Die damit beschworene Gefahr der Systemüberwindung wird bei sozialen und politischen Strukturreformen stets von jenen behauptet, die auf eine lange Tradition von Demokratiefeindlichkeit, Standesdünkel und Staatsgläubigkeit zurückblicken können.

Die Verwirklichung der Freiheit weniger auf Kosten der Unfreiheit vieler war für die SPD von vornherein kein denkbare Ziel. Ihre historische Aufgabe war es zunächst, der Gleichheit im Sinne der sozialen Gerechtigkeit zum Durchbruch zu verhelfen. Dabei mußte die Freiheit von Not, Krankheit, Arbeitslosigkeit und sozialer Unsicherheit im Vordergrund stehen. Soziale Gerechtigkeit diene der gerechteren Verteilung von Chancen zur Freiheit und zur Emanzipation in einer Gesellschaft der sozialen und wirtschaftlichen Ungleichheit.

Es waren die Sozialdemokraten, die den gesetzlich geregelten Rechtsanspruch des Bürgers auf soziale Leistungen durchsetzten und damit der unwürdigen Form der Bittstellerei ein Ende bereiteten. Freiheit und Gerechtigkeit bedingen einander. Dies gilt noch heute, wenn auch unter anderen Akzentsetzungen. Nachdem wichtige Forderungen der sozialen und materiellen Sicherung erfüllt sind, tritt die Frage der Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit ebenso wie die Qualität des Lebens immer mehr in den Mittelpunkt unserer

Bemühungen zur Verwirklichung des demokratischen Sozialismus.

Die Verwirklichung des Bürgerrechts auf Bildung bedeutet die Fortsetzung der Bildungsreform, die vom Kindergarten bis zur Hochschule reicht und die berufliche Bildung sowie den Anspruch des Arbeitnehmers auf Bildungsurlaub gleichermaßen umschließt.

Lebensqualität ist mehr als höherer Lebensstandard. Lebensqualität setzt Freiheit voraus, auch Freiheit von Angst. Sie ist Sicherheit durch menschliche Solidarität, die Chance zur Mitbestimmung und Selbstverwirklichung, zum sinnvollen Gebrauch der eigenen Kräfte in Arbeit, Spiel und Zusammenleben, zur Teilhabe an der Natur und den Werten der Kultur, die Chance, gesund zu bleiben oder zu werden. Lebensqualität meint Bereicherung unseres Lebens über den materiellen Konsum hinaus.

*

Die Polarisierung des politischen Lebens in der Bundesrepublik ist nicht darauf zurückzuführen, daß CDU und CSU ernsthaft unterstellen würden, die SPD wolle den Rechtsstaat, die Gewaltenteilung und die Wettbewerbsordnung der Wirtschaft aufgeben und eine marxistische, zentral gelenkte Planwirtschaft einführen. Ausschlaggebend für diese Polarisierung ist vielmehr die Tatsache, daß in Bund und in einigen Bundesländern von SPD/FDP-Koalitionsregierungen ganz konkrete Schritte zur Erweiterung der Freiheitsräume und Entfaltungsmöglichkeiten des einzelnen unternommen werden mit dem Ziel, Lebensqualität und Bildungsgerechtigkeit über den Kreis weniger Privilegierter hinaus zu verwirklichen. Hinzu kommt, daß Sozialdemokraten mit Recht diese Republik als ihren Staat begreifen und mehr Demokratie auch in den Bereichen wagen, die bisher Reservat der Tonangebenden waren.

CDU und CSU können es offensichtlich nicht verwinden, daß sie in der SPD einen politischen Gegner haben, der die Forderung nach demokratisch legitimierter Machtausübung aufnimmt und bestehende Machtzusammenballungen durch Gegenmacht begrenzt.

Paritätische Mitbestimmung heißt nichts anderes, als die Macht des Kapitals durch die Macht der Arbeitnehmer zu begrenzen. Verbraucheraufklärung und Organisation der Verbraucherinteressen bedeuten nichts anderes, als dem übergroßen Einfluß von Produktion und Handel die Marktmacht derjenigen entgegenzusetzen, die letztlich die Rechnung bezahlen müssen.

Die SPD konnte in den letzten Jahren der Öffentlichkeit deutlich machen, daß es bei allen wichtigen politischen Entscheidungen

im Endeffekt um die Frage geht, wessen Freiheitsräume erweitert werden, ob die kleiner bevorrechtigter Gruppen oder die der Mehrheit unserer Bevölkerung. Demokratischer Sozialismus meint stets eine Politik im Interesse der breiten Schichten unseres Volkes. Diese Politik will Selbständigkeit und Freiheit und damit mehr Lebensqualität für eine möglichst große Zahl von Menschen erreichen.

CDU und CSU müssen eine solche Politik verständlicherweise bedrohlich erscheinen, und dies vor allem dann, wenn es den Sozialdemokraten auch weiterhin gelingt, den Arbeitnehmern die realen Interessenpositionen in unserer Gesellschaft zu verdeutlichen. Auf diese Herausforderung wissen CDU und CSU bisher keine Antwort, die über ein "Nein" oder "So-Nicht" hinausgeht. Sie sind für ihre Programmfindung noch immer auf die ideologischen Hilfen Außenstehender angewiesen. In den 50er Jahren waren dies die Theoretiker des Neoliberalismus und der christlichen Soziallehre. In jüngster Zeit ist mit dem Münsteraner Soziologen Prof. Dr. Helmut Schelsky ein neuer Stern am Himmel von CDU und CSU aufgestiegen.

Schelsky ist darum bemüht, Demokratie und Freiheit auseinanderzudividieren und die Solidarität der Arbeitnehmer zu sprengen. Er will ideologisch absichern, was bisher erfolglos praktiziert wird. Schon heute ist in der gesellschaftspolitischen Entwicklung erkennbar, daß die Unternehmer bestrebt sind, ganze Gruppen organisierter Arbeitnehmer in das Angestelltenverhältnis zu überführen, um den Eindruck nicht mehr gegebener Abhängigkeit zu erwecken.

In seiner Rede auf dem CSU-Parteitag in München unternahm Schelsky den Versuch, seine theoretische Position in eine politische Strategie zur Rückeroberung der Macht umzumünzen. Seine Devise: Man versuche, die Bevölkerung, vor allem die Arbeitnehmer, in "Selbständige" und "Betreute" einzuteilen. Man beseitige die gesellschaftliche Solidarität, reaktiviere das Prinzip des privaten Egoismus und lege die monetären Kosten der Verringerung vorhandener Unfreiheit den reformerischen Kräften zur Last, anstatt denjenigen, die für diese Mißstände verantwortlich sind. Man appelliere an den vorhandenen und verständlichen Wunsch des einzelnen, individuell zur Oberschicht aufzusteigen oder sich wenigstens im Bewußtsein von der Schicht der "Betreuten" abzugrenzen. Und man versuche schließlich, die SPD, als gerade die politische Kraft, die stets für den Abbau von Unfreiheit, von Unselbständigkeit und sozialem Leid eingetreten ist, als eine Partei der Unselbständig-

keit, der Unfreiheit und der von oben gelenkten Bevormundung zu diffamieren. Kurzum: Man versuche Ursache und Wirkung zu verdrehen.

Der unterschwellige Appell an gesellschaftliche Ressentiments und Bewußtseinshaltungen gegen sozial Schwache, gegen "Betreute" kennzeichnet diese von Schelsky vorgeschlagene Strategie ebenso wie das kaum verdeckte Bemühen, Politik nicht mehr an rationalen Kriterien zu messen, sondern an Vorurteilen. Nicht gesellschaftliche Bedingungen und Strukturen sollen in Richtung auf mehr Freiheit verändert werden, sondern nur das Bewußtsein. Folgerichtig entkleidet Schelsky daher den Begriff der Selbständigkeit aller objektiv faßbaren Merkmale und macht ihn zur moralischen Kategorie: "Die hier von mir umrissene Selbständigkeit beruht im Grunde genommen auf einer moralischen Selbständigkeit der Person und umgekehrt."

Für die Erringung dieser Art von Selbständigkeit sind offensichtlich auch keine gesellschaftspolitischen Strukturreformen notwendig. Vielmehr genügt ein bestimmtes Denkschema, das einerseits erlaubt, vorhandene Unzufriedenheiten und Aggressionen auf die Schicht der "Betreuten" und "Unselbständigen" zu lenken, und es andererseits gestattet, sich wenigstens im Reich der Illusion den "Selbständigen" zuzuordnen. Schelsky versucht zwar den Eindruck zu erwecken, als sei der Kreis der "Selbständigen" außerordentlich groß. Als Soziologe muß er aber wissen, daß dieser Kreis ausgesprochen enge Grenzen hat, wenn er ihn selbst wie folgt definiert: "Als sozial selbständig kann der Mensch angesehen werden, der erstens in seiner beruflichen Arbeit individuelle Verfügungsfreiheit entwickeln kann; zweitens: der berufliche Tätigkeitsfreude entwickeln kann und schließlich drittens: der individuelle Lebensplanung zu verwirklichen imstande ist."

Aber auch dort, wo nach Schelsky Arbeitsformen vorliegen, die nach seiner Meinung "kaum Arbeitsfreude zulassen", das heißt bei monotoner Fließbandarbeit, weiß er Rat. Diese Arbeitsform betrage erstens nur 20 vH. der industriellen Arbeit und: "Zweitens sollte man nicht übersehen, und hier spreche ich plötzlich für zu Betreuende, daß es einen Teil der Bevölkerung gibt, die diese monotone Arbeit als entlastend bejaht, wie z.B. jüngere Frauen, die nur eine Zeitlang in der Arbeit tätig sein wollen. Oder sehr viele

Hilfsschüler, die in diesen Formen produktiv sind und ihr Selbstbewußtsein daraus ziehen."

Da die Emanzipation der Frau immer noch nicht verwirklicht ist und Mädchen auch heute noch unzureichend beruflich ausgebildet werden und deshalb nur geringe Wahlmöglichkeiten haben, will man ihnen zum Trost noch einreden, die stumpfsinnige Arbeit, der sie in Wirklichkeit aus wirtschaftlichen Gründen nachgehen müssen, sei für sie eine Entlastung. Daß Schelsky noch immer von "Hilfsschülern" spricht, kennzeichnet die Kategorien seines Denkens und mag daher verständlich sein. Unverständlich aber ist, daß er faktisch einem großen Teil der Arbeitnehmer am Fließband eine sinnentleerte Arbeitstherapie zur Stärkung ihres Selbstbewußtseins empfiehlt.

Die Überheblichkeit dieser geringschätzigen Haltung gegenüber bestimmten Bevölkerungsgruppen ist kaum zu überbieten! So einfach ist es für Konservative, wenn ihre Vorstellungen über soziale Wirklichkeit sich - bewußt oder unbewußt - an verdrehten Vereinfachungen tradierter Weltanschauungen ausrichten: Die Gesellschaft zerfällt in die Gruppe der Auserwählten, sprich "Selbständigen" und die Masse der Verdammten, sprich "Betreuten". Gegenüber dieser Schlichtheit der gesellschaftlichen Analyse ist selbst das dogmatische Weltbild der Ultralinken von hoher analytischer Schärfe.

Bei seinem Strategieentwurf übersieht Schelsky, daß er damit keine zusätzliche Gefolgschaft mobilisieren kann. Die Arbeitnehmer werden sich nicht in "Selbständige" und "Betreute" spalten lassen. Sie wissen sehr genau, wer in der Bundesrepublik ihre Interessen vertritt. Sie werden nicht auf eine noch so geschickt aufgemachte Verschleiерungsstrategie hereinfallen, die Freiheit und formierte Gesellschaft sagt, tatsächlich aber Abhängigkeit und soziale und wirtschaftliche Ungleichheit meint.

Die SPD wird in ihren programmatischen Erklärungen und in ihrer praktischen Politik stärker deutlich machen müssen, daß Sozialismus nur durch Demokratie in Freiheit verwirklicht werden kann, und daß hier die unauflösbare Trennungslinie zu jedem freiheitsfeindlichen Anspruch rechter oder linker Prägung verläuft.

(-/23.11.1973/ks/ex)